

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen fordert:  
Sofortige Einstellung der Abholzung im Hambacher Wald

**Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen verlangt die sofortige Beendigung von weiteren Maßnahmen zur Abholzung im Hambacher Forst bis zu einer Entscheidung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (sog. Kohlekommission).**

Alles andere stellt eine willkürliche und unumkehrbare Ausnutzung einer Rechtsposition dar, die juristisch zumindest angreifbar und in ihrem Zustandekommen zweifelhaft ist. Das sollte auch den Verantwortlichen von RWE-Power bekannt sein. Wenn nicht, müssen sie sich klar machen, dass in Anbetracht der objektiven politischen Tatsache eines sicheren baldigen Endes der Verstromung fossiler Energieträger eine Maßnahme ohne Zukunftsperspektive, die zudem die Menschen vor Ort schädigt und in Gefahr bringt, aus christlicher Sicht verwerflich und menschenverachtend ist. Wovor hat der Betreiber des Tagebaus eigentlich Angst? Das Gesicht zu verlieren, wenn man einer besseren Einsicht folgt? Oder geht es um die Demonstration einer nur formaljuristisch, aber nicht inhaltlich begründbaren Machtposition?

Abgesehen davon ist nicht einmal eine versorgungstechnische Notwendigkeit für eine Fortsetzung der Rodungsarbeiten ersichtlich: Der Tagebau kann auch ohne diese Maßnahmen weiter gehen. Wir betrachten den Stopp als Beitrag zum Rechtsfrieden in der Region, zumal ein alsbaldiger Kohleausstieg angesichts der sonst nicht erreichbaren Klimaschutzziele absehbar ist. Diesen Rechtsfrieden dauerhaft zu sichern, stünde auch den Verantwortlichen von RWE/Rheinbraun gut an: Sie könnten damit deutlich zeigen, dass sie das Wohl der Menschen im Blick haben und nicht die vermeintliche Maximierung eines nur mit kühnen Rechenoperationen begründbaren wirtschaftlichen Gewinns.

Die betroffenen Einsatzkräfte der Polizei müssen nicht länger einer auch für sie unerfreulichen Situation ausgesetzt werden, mit einer überflüssigen Konfrontation von Gewalt und einer u.U. persönlich unbefriedigenden Auseinandersetzung mit den Argumenten für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der Einsatz bedingt zudem Kosten in einem unüberschaubaren Rahmen, wobei diese Kosten letztlich dem Steuerzahler zur Last fallen – und das zur Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen eines Energieversorgers. Nach einer vorübergehenden Einstellung der Räumungsmaßnahmen droht nach einer Ankündigung des Innenministers nunmehr deren Fortsetzung.



Wir stehen in unserer Region unter Klimaschutzgesichtspunkten in einer konkreten Konfrontation zum Braunkohleabbau und zur Verbrennung des gewonnenen Energieträgers und sind damit unmittelbar betroffen. Aber abgesehen von den Auswirkungen auf unser Leben in der Region müssen wir auch daran denken, dass wir nicht allein auf dieser Welt sind und eine Verantwortung haben für alle Menschen, die die Wirkungen unseres extensiven Energieverbrauchs erdulden und erleiden müssen. Unsere christliche Verantwortung für die „Bewahrung der Schöpfung“ fordert von uns diesen globalen Denkansatz und in der Konsequenz unser intensives Eintreten für schnelle, konsequente und konkrete Klimaschutzziele. Der Klimawandel wird das Leben der Ärmsten in der sog. Dritten Welt sehr viel stärker beeinflussen als das Leben der anderen Menschen auf diesem Planeten. Unser Blick muss sich daher besonders auch auf diese Menschen konzentrieren. Ziel eines verantwortungsvollen Handelns ist, ihnen sichere Perspektiven und nachhaltige Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben in ihren Heimatländern zu schaffen.

Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen  
v.i.S.d.P. Aachen, 02.10.2018